

EUROPA

„Schlicht überfordert“

Lady Catherine Ashton, erste Außenministerin der EU und Vizepräsidentin der Kommission, verdient wahrrscheinlich mehr als jede andere Politikerin: Grundgehalt mit Ortszuschlag summieren sich bei der britischen Labour-Politikerin auf rund 323 000 Euro im Jahr, hinzu kommen Zuschüsse für ihren Privathaushalt und für repräsentative Aufgaben. Damit lässt sie Kolleginnen wie Kanzlerin Angela Merkel oder US-Außenministerin Hillary Clinton weit hinter sich. Viereinhalb Monate nach ihrem Amtsantritt mehren sich allerdings die Zweifel an der mächtigsten Frau Europas. Ashton habe keine Idee, keinen Plan, sie sei mit dem Aufbau des Auswärtigen Dienstes der EU „schlicht überfordert“, sagt die CDU-Europaabgeordnete Inge Gräßle: „Die Kiste ist total verfahren.“ Das Konzept eines effizienten europäischen Diplomatenskorps mit bis zu 7000 Mitarbeitern bleibe im Streit der Brüsseler Institutionen untereinander „völlig auf der Strecke“, sagt die Grünen-Politikerin Franziska Brantner. Und CDU-Mann Elmar Brok, zuständiger Berichterstatter im Europaparlament, droht sogar mit Blockade: Gehe das Gerangel so weiter, werde es im Parlament „keinen Beschluss“ und somit „keinen Dienst geben“. Inzwischen wird in Brüssel bereits der Londoner Noch-Außenminister David Miliband als „ein guter Ersatz“, so EU-Abgeordnete, und möglicher Ashton-Nachfolger ins Gespräch gebracht.



Griechisches U-Boot in Kiel

GRIECHENLAND

Rettung dank U-Booten?

Die Regierung in Athen hat sich die Unterstützung für das europäische Rettungspaket in Paris und Berlin womöglich teuer erkaufte. Vor allem die Bestellung von sechs französischen Fregatten und sechs deutschen U-Booten stößt auf Kritik. EU-Diplomaten in Brüssel sprechen von einem „aberwitzigen Beitrag“ zur Sanierung der öffentlichen Finanzen angesichts von knapp 300 Milliarden Euro Schulden. „Deutsche und Franzosen hatten die Griechen in der Hand“, sagt der ehemalige Chef der Europäischen Verteidigungsagentur Nick Witney. Selbst Berater des griechischen Premiers Georgios Papandreou räumen ein, dass „Zugeständnisse an der Rüstungsfront“ offenkundig hilfreich bei den Verhandlungen über die Finanzhilfen gewesen seien. Die griechische Regierung hatte einen Vertrag über den Kauf von vier U-Booten, der im Herbst wegen Zahlungsschwierigkeiten und Streit um angebliche Baumängel gekündigt worden war, kurz vor Ostern erneuert und sogar noch erweitert. Die Griechen kaufen

nun bei ThyssenKrupp statt vier U-Booten der Klasse 214 insgesamt sechs. Mehrkosten: knapp eine Milliarde Euro. Und sie stimmen dem Verkauf von 75,1 Prozent der Athener ThyssenKrupp-Werft Hellenic Shipyards nach Abu Dhabi zu. Im Gegenzug werden 1400 Arbeitsplätze für zehn Jahre garantiert. Parlamentspräsident Philippos Petsalnikos von der Regierungspartei Pasok weist einen Zusammenhang mit den Finanzhilfen zurück, die Verträge seien schon vorher auf den Weg gebracht worden. „Wir müssen nicht nur großes Gewicht auf die Sparmaßnahmen legen, sondern zugleich die Entwicklung des Landes voranbringen“, so Petsalnikos: „Solange die Türkei ihre aggressive Politik beibehält, brauchen wir zur Verteidigung auch die notwendigen Mittel.“ Gleichzeitig wehrt er sich gegen Aufrufe zum Boykott deutscher Produkte in seinem Land. „Das ist geschmacklos“, sagt der Sozialdemokrat, „350 000 Griechen leben in Deutschland und zwar gern. Es gibt keinen Grund für solche Feindseligkeiten.“

NORDKOREA

Tor zur Welt

Um Devisenquellen für sein Land zu erschließen, will Partei- und Staatschef Kim Jong Il die seit 1991 auf dem Papier bestehende Wirtschaftszone Rajin-Sonbong (Rason) wieder beleben und sogar noch aufwerten. Die ökonomische Enklave liegt im Dreiländereck zu China und Russland. In Rason dürfen sich nun künftig ausländische Investoren ansiedeln, eine Gruppe von Wirtschaftsexperten unter einem früheren Handelsminister übernimmt die Verwaltung.



Kim

Zudem ließ Kim Jong Il die Investitionsgesellschaft Taepung und eine „Staatliche Entwicklungsbank“ gründen – ein Novum in dem straff sozialistisch geführten Staat. China darf zehn Jahre lang einen Teil des Hafens Rajin nutzen, um über den eisfreien Verladestützpunkt künftig Rohstoffe ohne Umwege zu verschiffen. Auch Russland erhält Zugangsrechte zu den Kais von Rajin – sogar gleich für 50 Jahre. Moskau baut dafür einen Containerterminal und erneuert eine marode Eisenbahnstrecke. Funktioniert Pjöngjangs neues Tor zur Welt, wäre dies der erste Schritt zu einer wirtschaftlichen Öffnung des abgeschotteten Staats.